



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

RUSSLAND – INVESTIGATIVER JOURNALISMUS UNTER BESCHUSS

Andrei Soldatov und Irina Borogan

ANALYSE

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

🌐/freiheit.org

📘/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

📷/stiftungfuerdiefreiheit

Autorinnen

Andrei Soldatov und Irina Borogan

Redaktion

Referat Globale Themen,
Internationales Medien – und Dialogprogramm
Fachbereich Internationales

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34

Telefax +49 30 690881-02

E-Mail service@freiheit.org

Stand

Januar 2022

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Inhalt

ZUSAMMENFASSUNG	4
1. HINTERGRUND: ENTWICKLUNG DES INVESTIGATIVEN JOURNALISMUS IN RUSSLAND.....	4
2. PHASE I: ERSTE GRÖSSERE ANGRIFFE AUF JOURNALISTISCHE RECHERCHEN (SPÄTE 1990ER / FRÜHE 2000ER JAHRE).....	6
3. PHASE II: MEDWEDEWS REFORMEN UND DER WANDEL DES INVESTIGATIVEN JOURNALISMUS (SPÄTE 2000ER JAHRE).....	7
4. PHASE III: LANGSAME ERHOLUNG (FRÜHE 2010ER JAHRE)	9
5. DER KREML SCHLÄGT ZURÜCK – TEIL I.....	11
6. DER KREML SCHLÄGT ZURÜCK – TEIL II.....	12
7. DAS LEBEN ALS „AUSLÄNDISCHE AGENTEN“: KONSEQUENZEN FÜR DIE MEDIEN UND JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN	15
8. BERUFLICHE KONSEQUENZEN UND POTENZIELLE ABHILFEN	15
9. WAS IST ZU TUN? EMPFEHLUNGEN	16
BIBLIOGRAFIE UND ABKÜRZUNGEN	17

Zusammenfassung

Seit mehr als 30 Jahren spielt der investigative Journalismus in der russischen Gesellschaft eine viel größere Rolle als es in traditionellen Demokratien jemals der Fall war. Die Namen vieler Journalistinnen und Journalisten gewannen im Zuge von Gorbatschows Reformen der Glasnost-Politik („Offenheit“) an Bekanntheit. Das Problem war jedoch, dass es keine Standards für diesen neuen russischen Journalismus gab.

Dies traf russische Journalistinnen und Journalisten in den 1990er Jahren hart, als der Beruf des investigativen Journalisten sehr gefährlich wurde – mehrere von ihnen wurden getötet. Zudem kamen neue Risiken hinzu: vor allem Korruption, die der journalistischen Zunft erheblich schadete.

Dies wurde in den 2000er Jahren vom Kreml ausgenutzt: Putin, der neue Präsident, duldet keinerlei Kritik an seiner Vorgehensweise und förderte daher ein neues Narrativ, nämlich, dass unabhängiger Enthüllungsjournalismus nicht existieren könne und dass diese Journalistinnen und Journalisten von ausländischen Akteuren bezahlt würden, um den russischen Staat anzugreifen. Gleichzeitig machte der Kreml sehr deutlich, dass die Finanzierung von investigativem Journalismus immense Kosten für Besitzerinnen und Besitzer von Medien bedeuten könnte.

Infolgedessen kam es in den darauffolgenden zehn Jahren zu einem starken Rückgang des investigativen Journalismus. Im Jahr 2008 kam ein neuer Präsident an die Macht: Dmitri Medwedew. Er trieb die Digitalisierung von staatlichen Dienstleistungen voran, was zu einer unerwarteten Entwicklung führte: Neue digitale Recherchemethoden entstanden gemeinsam mit neuen Teams und einem neu entfachten Interesse in der breiten Öffentlichkeit.

Als Putin jedoch 2012 in den Kreml zurückkehrte, wendete sich das Blatt gegen den Journalismus. Die Lage verschlimmerte sich von Jahr zu Jahr und im Jahr 2021 kam es zu den bisher schlimmsten Repressionen gegen investigative Journalistinnen und Journalisten: Sie wurden mit allen notwendigen Mitteln aus dem Beruf sowie aus dem Land gedrängt, wobei das effektivste Mittel die skrupellose Anwendung des „Ausländische-Agenten-Gesetzes“ war. Jedoch zeigten die Projekte des russischen Enthüllungsjournalismus eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit, auch wenn viele gezwungen waren, ihren Standort zu wechseln. Was sie nun von der internationalen Gemeinschaft brauchen, ist Solidarität, die in vielen Ausprägungen möglich ist.

1. Hintergrund: Entwicklung des investigativen Journalismus in Russland

Nach dem Zerfall der Sowjetunion erbte Russland im Jahr 1991 eine zerrüttete Wirtschaft, ein entmutigtes Militär, verärgerte und verwirrte Geheimdienste, aber auch einen Journalismus, der einen sehr hohen Stellenwert in der Gesellschaft genoss. Glasnost (Offenheit) war einer der wichtigsten Slogans von Gorbatschows Perestroika und Journalistinnen und Journalisten machten sich innerhalb weniger Monate einen Namen, als Reporterinnen und Reporter aufschlussreiche Berichte darüber veröffentlichten, was in der Sowjetunion wirklich geschah.

Infolgedessen wurden viele Journalistinnen und Journalisten im öffentlichen Diskurs Russlands zu bekannten Persönlichkeiten. Das Genre der journalistischen Enthüllung blühte auf, und dazu gehörte damals so einiges: vom Ausgraben von Informationen in Archiven und der Berichterstattung über Verbrechen aus der Zeit Stalins bis hin zu emotionalen und sehr persönlichen Angriffen auf die Regierung oder einzelne hochrangige Beamtinnen und Beamten.

Das Problem war jedoch, dass es keinerlei Standards für diesen neuen Journalismus in Russland gab. Niemand hatte

Erfahrung mit der Arbeit mit und für demokratische Medien, die keiner Zensur oder Kontrolle durch die Partei unterlagen. Die einzige Art Journalismus, die es gab, war die sowjetischer Natur und somit extrem doktrinär (sein Zweck war es, der Leserschaft zu diktieren, was sie über das jeweilige Thema zu denken hatte), was unter Gorbatschow zu einem sehr rechtshaberischen Moralisieren wurde. Als die Sowjetunion zerfiel, wurden die Probleme nach unten an die neuen russischen Medien weitergegeben.

Einige Verlegerinnen und Verleger erkannten dieses Problem und wollten gänzlich mit der sowjetischen Tradition brechen. Sie wussten jedoch auch nicht, wie man neuen Qualitätsjournalismus „macht“. Sie drängten ihre Reporterinnen und Reporter dazu, über Fakten zu berichten, jedoch keine Meinung oder Position zu vertreten. Dies wurde als „objektiver Journalismus“ bezeichnet. Zudem förderten sie zynische und boulevardeske Schlagzeilen. Zwei Zeitungen waren dabei am produktivsten: Moskovsky Komsomolets und Kommersant. Das berühmteste Beispiel war die Schlagzeile von Kommersant am Tag des Putsches im Jahr 1991, welcher unter anderem vom Verteidigungsminister Dmitry Yazov inszeniert wurde,

der Panzer auf die Straßen Moskaus schickte: „Koshmar: na ulitse Yazov“. Dies war eine wortspielerische Anspielung auf den amerikanischen Horrorfilm „A nightmare on Elm Street“, der damals sehr beliebt war. „Elm“ (Deutsch: Ulme) heißt auf Russisch „Vyazov“ und „Vyazov“ ist ein Homonym von „Yazov“, so dass die Idee der Schlagzeile lautete, dass Yazov ein Alptraum auf der Straße sei.

Moskovsky Komsomolets und Kommersant waren zwei Tageszeitungen, die das Dilemma des neuen russischen Journalismus verdeutlichten: Moskovsky Komsomolets war die beliebteste Tageszeitung in Moskau mit sehr liberalen Ansichten, aber ihr Name bezog sich wortwörtlich auf die Moskauer Mitglieder der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei.

Selbst nach dem Zerfall der Sowjetunion weigerte sich die Zeitung, den Namen zu ändern, in dem zynischen Glauben, es handele sich um eine weithin anerkannte Marke, die es wert sei, so beibehalten zu werden. Der Kommersant hingegen wollte nichts mit der sowjetischen Tradition der moralischen Selbstgefälligkeit zu tun haben und war mit Journalistinnen und Journalisten besetzt, welche keine vorherige Erfahrung in den sowjetischen Medien hatten – statt ihrer suchte man junge Leute mit Wirtschaftshintergrund.

Die Folge war, dass ein Beurteilungsvakuum für den Beruf entstand, welches den größten Zustrom junger Leute in der Geschichte der Medien des Landes erlebte, da der Rekrutierungsansatz des Kommersant von anderen neuen russischen Medien aufgegriffen wurde.

Diese jungen Reporterinnen und Reporter genossen die Vorteile des neuentstandenen Kapitalismus und erzielten hohe Gehälter in US-Dollar. Zugleich genossen sie den hohen sozialen Status ihres Berufsstands, der von der vorhergehenden Generation erarbeitet wurde.

Nichtsdestotrotz wurde der Beruf alsbald sehr gefährlich: Im Oktober 1994 wurde der für die Moskovsky Komsomolets tätige Enthüllungsjournalist Dmitry Kholodov ermordet. Der 27-jährige Kholodov hatte Untersuchungen zur Korruption beim Militär angestellt und wurde in seiner eigenen Redaktion durch einen versteckten Sprengsatz getötet, nachdem er vom Treffen eines Informanten mit einer Aktentasche zurückkehrte, in der vermeintlich Geheimdokumente sein sollten. Ermittlungen ergaben, dass die Bombe von Soldaten der Spezialeinheiten in der Aktentasche platziert worden war, die umgehend verhaftet wurden. Jedoch wurden alle sechs Angeklagten, vier von ihnen Geheimdienstoffiziere, im Zuge zweier separater Militärprozesse in den Jahren 2002 und 2004 freigesprochen.

Es gab auch andere Risiken, die zwar nicht so tödlich, aber ebenfalls sehr gefährlich waren: Die aufstrebende PR-Branche versuchte aggressiv, Journalistinnen und Journalisten zu bestechen und versprach finanzielle Vorteile für die Veröffentlichung falscher oder manchmal echter, kompromittierender Informationen über hochrangige Beamtinnen und Beamte sowie prominente Geschäftsleute.

Eine Mischung aus abgehörten Telefongesprächen und analytischen Profilen, die von den zwielichtigen geheimen Sicherheitsabteilungen der Oligarchinnen und Oligarchen oder den staatlichen Sicherheitsdiensten erstellt wurden, wurde als Kompromat (kompromittierendes Material) bekannt. Was das Ganze noch undurchsichtiger machte, war der Umstand, dass Journalistinnen und Journalisten manchmal bereitwillig als Söldner für verschiedene Interessenskreise oder als loyale Mitglieder der oligarchischen Geschäftsstrukturen fungierten. Die russischen Sicherheitsdienste führten Überwachungen durch, hörten Telefongespräche ab und verkauften ihre Erkenntnisse als Teil des Kompromat. Die auf dieser Basis geschriebenen Artikel beeinflussten effektiv die öffentliche Meinung. Einige sehr angesehene Journalistinnen und Journalisten, die seit der Sowjetzeit bekannt waren, wurden durch ihre Beteiligung an solchen Machenschaften selbst vollständig kompromittiert.

Damals litt der Journalismus, einschließlich des investigativen Journalismus, unter einem Mangel an Mäßigung sowie an etablierten ethischen Standards. Die Redaktionen kämpften verzweifelt mit dieser Art korruptem Journalismus. Der Kommersant richtete eine spezielle Abteilung mit dem Namen „re-write“ (Englisch für: neu schreiben/umschreiben) ein, deren Aufgabe es war, jeden von den festangestellten Journalistinnen und Journalisten zur Veröffentlichung eingereichten Artikel stark zu redigieren, also umzuschreiben, um jeglichen Zakaz (Auftrag) bzw. die Informationen herauszufiltern, für die im Sinne eines speziellen Interesses bezahlt worden war. Bei der Segodnya, der Tageszeitung, für die wir in den späten 1990er Jahren arbeiteten, war ein ehemaliger Offizier der Fünften KGB-Direktion beschäftigt, der zu Zeiten der Sowjetunion für die Verfolgung von Dissidentinnen und Dissidenten zuständig war und nun verdächtige Artikel nach deren Veröffentlichung überprüfte. Wenn er zu dem Schluss kam, dass eine Story unlauter war, wurde der Journalist oder die Journalistin entlassen.

In den 1990er Jahren war der Informationsfluss in den Medien frei, konnte aber für die Leserschaft auch sehr verwirrend sein. Die Oligarchinnen und Oligarchen nutzten ihre Medienunternehmen als Waffen im Kampf um die Kontrolle über die beträchtlichen Ressourcen des Landes.

2. Phase I: Erste größere Angriffe auf journalistische Recherchen (späte 1990er/frühe 2000er Jahre)

Die russische Regierung tolerierte die Freiheit der Medien lediglich bis zu dem Punkt, an dem sie als existenzielle Bedrohung angesehen wurde. 1999 fanden in Russland Dumawahlen statt und die Oligarchinnen und Oligarchen stellten sich auf die Seite verschiedener Parteien. Medien im Besitz von Oligarchen wurden dafür eingespannt und Journalistinnen und Journalisten begannen, in den Familiengeheimnissen von Boris Jelzin zu graben und bezichtigten die Präsidentenfamilie der Korruption. Jelzins Familie brauchte einen starken Mann, der den alternden Präsidenten und seine Familie nach dessen Rücktritt schützen konnte: Wladimir Putin, damals Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, schien eine dafür geeignete Wahl zu sein.

Der Angriff auf die Freiheit der Medien begann bereits 1999, noch bevor Putin zum neuen Präsidenten gewählt wurde. Das erste Angriffsziel war NTV, der beliebteste Fernsehkanal im Land, der dem Medientycoon Vladimir Gusinsky gehörte: Das vorab mit NTV vereinbarte Darlehen wurde storniert, Bankkonten konfisziert und allen Journalistinnen und Journalisten wurde der Zutritt zum Kreml verweigert.

Es war derselbe Fernsehsender, der am 30. Mai 1999 ein Biopic über die Familie des Präsidenten zeigte, wo behauptet wurde, sie (die Familie) sei in Korruption verstrickt und habe ihre illegalen Gewinne ins Ausland verschwinden lassen. Dies wurde in der angesehenen NTV-Sendung *Itogi* ausgestrahlt – damals die beliebteste politische Sendung in ganz Russland. Schon bald wurde NTV vom Kreml unterworfen und viele Journalistinnen und Journalisten verließen den nun krenlfreundlichen Sender.

Was als Angriff auf eine Mediengruppe begann, entwickelte sich bald zu einer großangelegten Offensive gegen den investigativen Journalismus im Allgemeinen: Es wurden TV-Serien produziert und im russischen Fernsehen ausgestrahlt, in denen eine rechtschaffende Polizei dazu gezwungen wurden, die Ermordung korrupter Journalistinnen und Journalisten aufzuklären. Somit gewann ein neues Narrativ an Boden, das durch staatlich geförderte Medien unterstützt wurde, nämlich: dass ein unabhängiger investigativer Journalismus gar nicht existieren könne und dass diese Journalistinnen und Journalisten lediglich von außerhalb bezahlt und mit kompromittierendem Material ausgestattet würden.

Putin trug persönlich zu diesem Narrativ bei: Ganz am Anfang seiner politischen Karriere in Moskau, am 23. Oktober 1999, beantwortete Putin am Flughafen von Helsinki während seines zweiten Besuchs als Ministerpräsident im Ausland Fragen von finnischen Journalistinnen und Journalisten. Ein/e Reporter/in las langsam von einer vorab erstellten Notiz ab und stellte eine Frage zum Krieg in Tschetschenien. Putin ant-

wortete harsch: „Zuerst einmal sind wir nicht auf Augenhöhe. Sie lesen Ihre vorher aufgeschriebene Frage ab und von mir wird erwartet, dass ich sie jetzt sofort beantworte.“

Wenn ein Korrespondent oder eine Korrespondentin eine Frage abliest, bedeutet dies für durch den KGB geschulte Personen, dass eine andere Person diese Frage für den Journalisten oder die Journalistin vorbereitet hat. Der/die finnische Reporter/in wollte jedoch in Wirklichkeit die Frage korrekt in der Fremdsprache (Russisch) stellen.¹

In den traditionellen Medien verloren investigative Journalistinnen und Journalisten nicht nur das Vertrauen der Öffentlichkeit, sondern auch ihre Jobs. Über einen Zeitraum von sieben Jahren hatten wir [Anm. die Autoren dieses Papiers] Positionen bei fünf Zeitungen inne: die politische Abteilung der *Izvestia* wurde aufgelöst, der Chefredakteur des Wochenblatts *Versiya* wurde entlassen, *Moskovskie Novosti* wurde samt zweier nachfolgender erfolgloser Versuche des *Moskovskie Novosti*-Teams, ein politisches Magazin sowie eine politische Website zu lancieren, geschlossen. Wir arbeiteten dann für die *Novaya Gazeta*, doch nach zwei Jahren ließ man uns (Anm. d. Red.: als Expertenteam auf dem Gebiet) gehen, als das Management entschied, die Berichterstattung über Geheimdienstaktivitäten zu reduzieren. Anfang und Mitte der 2000er Jahre wechselten die Moskauer Zeitungen und Magazine häufig die Besitzerinnen und Besitzer, der Großteil von ihnen endete in den Händen von krenltreuen Oligarchen, die Putin halfen, jedwede feindselige Berichterstattung im Keim zu ersticken.

Die wenigen Redaktionen, die noch vom Kreml unabhängig blieben, kämpften ums Überleben und sahen sich manchmal dazu gezwungen, zwielichtige Methoden zu akzeptieren, um sich finanziell zu versorgen. Dieser Trend blieb vom Kreml nicht unbemerkt: Schon bald gerieten diese Medien ins Visier einer sehr ausgefeilten Operation, die ihr vermeintlich korruptes Verhalten aufzeigen sollte. Im Mai und Juni 2004 startete eine krenlfreundliche Bewegung namens *Idushie Vmeste* („Zusammenrücken“) eine Operation gegen acht russische Zeitungen: *Novaya Gazeta*, *Moskovsky Komsomolets*, *Moskovskie Novosti*, *Nezavisimaya Gazeta*, *Kommersant*, *Ezhenedelny Journal* und *Gazeta.Ru*. Ihre Teams nahmen Kontakt zu den Redaktionen der Medien auf und boten jeder Redaktion Geld für die Veröffentlichung eines Artikels an, der als Anzeige gekennzeichnet war. In jedem Text dieser vermeintlichen Anzeigen versteckten sie die Zeile „Wir veröffentlichen Lügen für Geld.“²

¹ Putins Besuch in Finnland vom 22.-23. Oktober 1999, für mehr Informationen siehe nachstehende NTV-Reportage, www.youtube.com/watch?v=PYMng6H7WCo

² https://www.solidarnost.org/themes/politika/politika_912.html, <https://psycho.ru/library/653>

Mitte und Ende der 2000er Jahre verloren unabhängige investigative Journalistinnen und Journalisten zunehmend an Beliebtheit. Es half auch nicht, dass sie immer wieder die Aufmerksamkeit auf Probleme lenkten, die die russische Gesellschaft vergessen wollte, insbesondere im Nordkaukasus. Die Berichterstattung über die Ereignisse in Tschetschenien ging ebenso drastisch zurück wie die über den Geheimdienst.

Am 6. Oktober 2006 wurde die berühmteste russische Enthüllungsjournalistin und Reporterin bei der *Novaya Gazeta*, Anna Politkovskaya, von Auftragsmördern im Moskauer Stadtzentrum ermordet. Nach Ihrer Ermordung gingen mehr Menschen in Paris auf die Straße, um ihr die letzte Ehre zu erweisen, als in Moskau.

Drei Jahre später versuchte die kremlnahe Jugendbewegung erneut, unabhängige Medien mithilfe einer verdeckten Operation ins Visier zu nehmen: Im April 2009 versuchte ein Mitglied der Naschi-Bewegung (es handelte sich immer noch um *Idushie Vmeste*, nur eben nach Umbenennung), Redakteurinnen und Redakteure der *Novaya Gazeta* zu bestechen. Der/die Aktivist/in bot an, jeden Monat drei bis vier Millionen Rubel „für das Korrigieren der Redaktionspolitik“ zu bezahlen. Die Person verfügte über eine Liste von 13 Autorinnen und Autoren der *Novaya Gazeta*, mit denen sie zusammenarbeiten wollte. *Novaya Gazeta* rief die Polizei und die Person wurde festgenommen.³

³ <https://www.kommersant.ru/doc/1146232>;
<https://www.kasparov.ru/material.php?id=49D44CA60AA46>

Jedoch war der Schaden nicht mehr abzuwenden. Das Ende der 2000er Jahre stellt wohl den absoluten Tiefpunkt in der modernen Geschichte des Enthüllungsjournalismus in Russland dar: Traditionelle Medien schlossen ihre investigativen Abteilungen, da diese zu teuer waren – sowohl im finanziellen als auch im politischen Sinne – und das Vertrauen der Öffentlichkeit wurde ernsthaft untergraben. Gleichzeitig wurde der politische Einfluss auf Recherchen belanglos, da der Kreml auf keinerlei journalistische Nachforschungen mehr reagierte: weder auf die Enthüllung von Kriegsverbrechen noch auf offensichtliche Korruption. Die PR-Expertinnen und -Experten des Kremls lernten zudem, dass eine fehlende Reaktion von offizieller Seite die beste Möglichkeit war, um eine Story im Sande verlaufen zu lassen. So griffen andere Medienkanäle eine von der Konkurrenz veröffentlichte Story nicht auf, wenn es keine Reaktion von offizieller Stelle gab. Dies führte dazu, dass Journalistinnen und Journalisten scharenweise ihren Beruf aufgaben: Im Herbst 2008 versuchten wir in Lillehammer gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden im Rahmen einer Konferenz zum investigativen Journalismus zu rekapitulieren, wie viele investigative Journalistinnen und Journalisten in Moskau noch aktiv waren und wir kamen auf insgesamt acht Personen.

3. Phase II: Medwedews Reformen und der Wandel des investigativen Journalismus (späte 2000er Jahre)

Doch über dieser verbrannten Erde dämmerte in den späten 2000er Jahren ein neuer Morgen für journalistische Enthüllungen herauf: Es entstanden neue Teams sowie neue Themen und Methoden, gefolgt von einem neu entfachten Interesse der Öffentlichkeit.

Dafür gab es verschiedene Gründe:

Im Mai 2008 wurde Dmitri Medwedew, ehemaliger Rechtsanwalt und Juraprofessor, zum neuen russischen Präsidenten gewählt. Alle gingen davon aus, dass Medwedew lediglich als nomineller Platzhalter von Wladimir Putin geholt wurde, aber Medwedew bemühte sich in der Tat aufrichtig, die Bürokratie des Landes effizienter zu machen, was seiner Meinung nach durch eine massive Digitalisierung der Regierungsverfahren erreicht werden könnte.

Von 2008 bis 2009 führte Medwedews Team von Technokratinnen und Technikern verschiedene Initiativen ein, die

einen enormen Einfluss auf die Gesellschaft sowie den investigativen Journalismus in Russland ausübten:

Die Verpflichtung für Regierungsbeamtinnen und -beamte auf allen Ebenen sowie für ihre unmittelbaren Verwandten Einkommenserklärungen (inklusive Grundbesitz) offenzulegen, einschließlich der Regierung und der föderalen Ministerinnen und Minister sowie der Leitungsebene der russischen Geheimdienste.

Die Entwicklung des transparenten staatlichen Beschaffungswesens mit seiner Vorzeigewebsite zakupki.gov.ru. Auf dieser Website konnte jeder überprüfen, welche Sachmittel oder Dienstleistungen die Regierungsbehörden beschafft, wie viel sie dafür bezahlt hatten und an wen diese Aufträge vergeben worden waren.

Der Kreml drängte Ministerien und Regierungsbehörden auf allen Ebenen, ihre Online-Präsenz zu verstärken, auch über

ihre Websites, auf denen mehr Daten über die Aktivitäten der Behörden, einschließlich finanzieller, biografischer und statistischer Daten, veröffentlicht werden sollten.

Im Juli 2010 wurden die russischen Gerichte per Gesetz dazu verpflichtet, alle Urteile online zu veröffentlichen.⁴ Das Online-System „Pravosudie“ (Gerechtigkeit), in dem jeder den Stand von Gerichtsprozessen sowie Anhörungen, gefällten Urteilen und sogar die für die jeweiligen Fälle zuständigen Anwältinnen und Anwälte sowie Richterinnen und Richter nachschauen konnte, wurde entwickelt und eingeführt.⁵

Im Jahr 2010 wurde der 34-jährige Rechtsanwalt Alexey Navalny zum bekanntesten Blogger in Russland mit einer eindeutigen politischen Agenda. In den vorangegangenen zehn Jahren versuchte Navalny auf verschiedene Art und Weise bekannt zu werden. Er wurde Mitglied der demokratisch-sozialistischen Partei *Yabloko*, aus der er wegen xenophober Ansichten ausgeschlossen wurde.

Im Jahr 2007 hatte er die nationalistische Bewegung *Narod* (Volk) gegründet. Navalny fand sein magisches Werkzeug im Frühjahr 2008, als er Aktien der größten Öl- und Gasunternehmen wie *Rosneft*, *Gazprom* und des Öltransportmonopolisten *Transneft* kaufte, die sich alle teilweise im Staatsbesitz befanden. Er zahlte über 300.000 Rubel (10.000 US-Dollar) für alle Aktien und erwarb das Recht auf Zugang zu Informationen über die Aktivitäten der Unternehmen, um dann deren Führungsetagen wegen Korruption zu verklagen. „Mein Ziel ist es, die Frage dieser Untersuchung auf die politische Tagesordnung des Landes zu setzen“, erklärte Navalny in einem Blogbeitrag über *Transneft* am 17. November 2010.⁶

Im selben Monat veröffentlichte Navalny auf seinem Blog die Ergebnisse der Nachforschungen über Korruption bei *Transneft* im Rahmen des Baus einer Pipeline von Ostsibirien zum Pazifischen Ozean. Er fand heraus, dass 120 Milliarden Rubel verschwunden waren und stellte dann Scans von Dokumenten online, die er erhalten hatte. Am nächsten Tag wachte er als Russlands bekanntester Enthüllungsjournalist auf.

Zu dieser Zeit entstand auch die internationale Zusammenarbeit zwischen investigativen Journalistinnen und Journalisten aus verschiedenen Ländern. Das erste Projekt wurde von dem in Bosnien ansässigen OCCRP (*Organized Crime and Corruption Reporting Project*, Übs.: Projekt zur Erfassung und Veröffentlichung von organisierter Kriminalität und Korruption) gestartet. Ab 2008 arbeitete das OCCRP mit der von Roman Shleynov geleiteten investigativen Abteilung der *Novaya Gazeta* zusammen; die Nachforschungen wurden gemeinsam veröffentlicht.

Bis 2011 hatte das Publikum seinen Nachrichtenkonsum zunehmend hin zu Online-Medien verlagert: Die neuen Medien lösten die alten traditionellen Printmedien ab, die in den 1990er Jahren das Fundament der meisten journalistischen Untersuchungen darstellten, während der Kreml hingegen unmissverständlich klarmachte, dass das Fernsehen für unabhängigen Journalismus tabu war. Die neue von Medwedew eingeführte digitale Transparenz bot neue aufregende Möglichkeiten, jedoch waren nur wenige Medien bereit, die Ergebnisse journalistischer Nachforschungen zu veröffentlichen.

Die investigativen Journalistinnen und Journalisten des OCCRP sowie der *Novaya Gazeta* arbeiteten an zumeist unauffälligen Fällen zusammen, jedoch lernten sie mit der Zeit, wie internationale Nachforschungen unter der Einbeziehung von Journalistinnen und Journalisten aus einer Reihe von Ländern tatsächlich angestellt werden konnten.

In der Zwischenzeit wurde Navalny klar, dass er lediglich an Beliebtheit gewann, da die traditionellen Medien keine journalistischen Nachforschungen anstellen konnten. „Mein Blog existiert nur, weil die Medien zensiert werden“, sagte Navalny im Dezember 2011.⁷

⁴ <https://www.gazeta.ru/social/2010/07/01/3393296.shtml>

⁵ <https://pravo.ru/news/view/33086/>

⁶ Navalnys Blog, „Kak pilyat v Transnefti“ [How They Are Sawing at Transneft, Übs.: Wie man bei Transneft sägt.], 16. November 2010, <http://navalny.livejournal.com/526563.html>

⁷ „Pravila zhisni, Alexey Navalny“ [Rules of Life, Übs.: Regeln des Lebens, Alexey Navalny], *Esquire*, Dezember 2011, <http://esquire.ru/wil/alexey-navalny>

4. Phase III: langsame Erholung (frühe 2010er Jahre)

In den Jahren 2011 bis 2012 wurde Moskau von den Protesten erschüttert, die auf Putins Entscheidung folgten, als Präsident in den Kreml zurückzukehren. Nichtsdestotrotz folgten alsbald Apathie und Depression innerhalb der städtischen Intelligenz und der Mittelschicht – dem traditionellen Publikum des Enthüllungsjournalismus.

Der Aufschwung patriotischer Gesinnung aufgrund der Olympischen Spiele in Sotschi, gefolgt von der Hysterie nach der Annexion der Krim im selben Jahr, sorgte innerhalb der Journalistengemeinschaft nicht gerade für Optimismus.

Nach den Protesten in Moskau in den Jahren 2011 bis 2012 begann der Kreml außerdem mit einer neuen Säuberungsaktion der Medien. In Medienkreisen wurde diese Säuberungsaktion als „f-ing chain of events“ bezeichnet, ein Ausdruck, der von ihrem ersten Opfer, dem Herausgeber der liberalen Zeitschrift *Bolshoi Gorod* („Die große Stadt“), geprägt wurde. Er wurde gefeuert, da seine Zeitung die Proteste unterstützt hatte. Die Moskauer Medienlandschaft gab ein besonders bedrückendes Bild ab. Sie war voll von Berichten über schlechte Redakteurinnen und Redakteure sowie Journalistenteams, die gerade entlassen worden waren.

Die gesellschaftlichen Spannungen wurden immer greifbarer, jedoch bestand immer noch ein gewisser Spielraum für Recherchen. Anfang 2014 erhielt die RBK-Medienholding (zu der der Fernsehsender, die Print-Tageszeitung und die Website gehören) von ihrem Eigentümer Mikhail Prokhorov, einem bedeutenden russischen Oligarchen, neue Finanzmittel und die allgemeine Freigabe zur Durchführung im Fokus der Öffentlichkeit stehender Ermittlungen. Prokhorov hatte sein enormes Vermögen aufgebaut, indem er sich in den neunziger Jahren an dem System „Kredite für Aktien“ beteiligte – ein System, in dem mächtige Banken der russischen Regierung Geld im Tausch gegen Anteile an einigen der wertvollsten Vermögenswerte des Landes liehen. Prokhorov und sein Partner übernahmen *Norilsk Nickel*, die weltweit führende Palladium- und Nickelschmelze, die zu Stalins Zeiten von Gulag-Häftlingen ca. 320 km nördlich des Polarkreises errichtet wurde. Nun wollte Prokhorov gesittetere Regeln für das Geschäft.

Im Sommer 2011, noch vor der Wahl und Putins Wiederaufstieg ins Amt des Präsidenten, gründete Prokhorov seine eigene politische Partei und ein beträchtlicher Anteil der Moskauer Eliten zeigte sich sehr unterstützend. Jedoch hatte Prokhorov Putin nicht vorher um seine Zustimmung ersucht, was ein Fehler war. Wenige Tage bevor Putin seine Rückkehr in den Kreml ankündigte, verlor Prokhorov seine eigene Partei (die ihn auf Betreiben des Kremls ausschloss).

Im Dezember 2011 nahm Prokhorov an der Protestkundgebung von hunderttausenden Menschen auf dem Sacharow-Prospekt teil. Im Jahr 2012 zog er sich aus seinen Unterneh-

men zurück und überließ seinen Partnerinnen und Partnern die Verwaltung seines Vermögens.⁸ Seine politischen Ambitionen hatte er nicht aufgegeben, jedoch verstand er, dass seine Politik seine Unternehmen gefährden könnte.

Im Jahr 2014 stand er hinter den neu initiierten Recherchebemühungen des RBK unter der Leitung von Lisa Osetinskaya und Roman Badanin. Im Laufe von zwei Jahren, zwischen 2014 und 2016, veröffentlichte RBK die Ergebnisse mehrerer hochsensibler Nachforschungen, wobei der Großteil dieser Untersuchungen von der unter Medwedew eingeführten Online-Transparenz profitierte, die es Journalistinnen und Journalisten ermöglichte, Daten über Eigentum und Vermögen der mächtigsten Personen des Landes zu überprüfen.

Die heikelste Recherche, die die RBK-Medienholding veröffentlichte, betraf eine der Töchter von Wladimir Putin, Katerina Tikhonova, und ihren damaligen Ehemann Kirill Shamalov. Im Mai 2016 wurde berichtet, dass Prokhorov vom Kreml derartig unter Druck gesetzt wurde, dass man ihn dazu drängte, das RBK-Rechercheteam, das aus mehr als zwanzig Journalistinnen und Journalisten bestand, loszuwerden.⁹

Während die RBK auf Befehl des Kremls gesäubert wurde, gewann die neue Richtung des investigativen Journalismus, die auf internationaler Zusammenarbeit fußte, an Dynamik, was den Journalismus im Land und in der Welt tiefgreifend beeinflussen sollte.

Im Frühjahr 2016 initiierte das OCCRP eine groß angelegte Recherche, an der Reporterinnen und Reporter aus ganz Europa sowie der ehemaligen Sowjetunion, von Aserbaidschan über Rumänien und die Ukraine bis hin zu Russland, beteiligt waren. Das Projekt bekam einen umfangreichen Fundus an Dokumenten in die Hände, in denen Offshore-Firmen in Panama aufgeführt waren, die von Regierungsbeamtinnen und -beamten sowie Oligarchen in der ganzen Welt – einschließlich Russlands – für illegale Zwecke wie Betrug, Steuerhinterziehung und die Umgehung internationaler Sanktionen genutzt wurden.

Das internationale Team verbrachte Monate damit, die Dokumente zu durchforsten und Zusammenhänge herzustellen. Jedes nationale Team erhielt Daten über seine Landsleute. Anhand dieser Daten versuchte jede Gruppe, die finanziellen Aktivitäten der hochrangigen Regierungsbeamtinnen und -beamten ihres Landes und deren persönlicher Freunde zu ermitteln. Das russische Team bestand aus Reportern der *Novaya Gazeta*.

⁸ Megan Davies, „Prokhorov Reassures Investors as He Focuses on Politics“, Reuters, 28. Oktober 2021, <https://www.reuters.com/article/russia-prokhorov/prokhorov-reassures-investors-as-he-focuses-on-politics-idUSL1E8LS06Q20121028>
⁹ <https://meduza.io/feature/2016/05/13/razgrom-rbk-korotko>

Als die Erkenntnisse der Journalistinnen und Journalisten schließlich im April 2016 veröffentlicht wurden, sorgten die *Panama Papers* weltweit für Schlagzeilen. Es stellte sich heraus, dass das russische Team die größten Neuigkeiten in den *Panama Papers* aufgedeckt hatte. Die russischen Journalistinnen und Journalisten fanden Konten im Wert von mehreren Millionen Dollar, die im Besitz von Sergei Roldugin waren, einem persönlichen Freund von Präsident Putin. Roldugin war Cellist und hatte zwar einige geschäftliche Beziehungen, u. a. zur Ölindustrie und zu den Medien, jedoch war er kein Oligarch. Dennoch wurde er offenbar mit der Verwaltung von Putins Privatvermögen betraut.¹⁰ Diese Erkenntnisse entwickelten sich schnell zu einer großen Story, als Putins Sprecher, Dmitry Peskov, diesbezüglich einen Kommentar abgab.¹¹ Dies war zuhächst ungewöhnlich: In der Regel äußern sich russische Beamtinnen und Beamte nicht zu sensiblen Stories, um zu verhindern, dass diese an Dynamik gewinnen. Für das russische Journalistenteam sah dies wie eine Bestätigung ihrer Erkenntnisse aus.

Die *Panama Papers* waren eine großartige Kombination aus alten und neuen Methoden des investigativen Journalismus: die Journalistinnen und Journalisten haben in Datenbanken gegraben, gleichzeitig haben sie jedoch auch zahlreiche Telefonanrufe getätigt und Kommentare gesammelt, darunter den von Roldugin, um ihre Story korrekt einzuordnen und zu überprüfen.

Viele Journalistinnen und Journalisten in Moskau fühlten sich von dem Erfolg der *Panama Papers* inspiriert. Einige neue Medienunternehmen wurden gegründet und einige Online-Medien stellten auf die Durchführung von Nachforschungen um.

2016 bewies die Internetzeitung *Meduza*, die ihren Hauptsitz seit 2014 in Riga, Lettland, hat, dass es möglich ist, russischen Journalismus mit einer Redaktion jenseits der russischen Grenzen zu produzieren und begann mit der Veröffentlichung journalistischer Untersuchungen.

2017 gründete die ehemalige Redakteurin der RBK-Holding, Lisa Osetinskaya, *The Bell*.

The Insider, das Internet-Medium unter der Leitung von Roman Dobrokhotov, das seit 2013 online ist, veröffentlichte auch 2017 Recherchen.

Im darauffolgenden Jahr, 2018, gründete Roman Badanin, ein ehemaliger Kollege von Osetinskaya, das Online-Medium *Proekt*, das auf Enthüllungsjournalismus spezialisiert ist.

Im Jahr 2020 schloss sich Roman Shleynov dem investigativen Medium *IStories* (Important Stories) an, das von einem Team von Journalistinnen und Journalisten ins Leben gerufen

wurde, die zuvor für die *Novaya Gazeta* und das OCCRP gearbeitet hatten.

Die meisten dieser Projekte stützten sich in hohem Maße auf digitale Rechercheinstrumente, und zwar auf die Auswertung von Daten aus zahlreichen Datenbanken im In- und Ausland. Im darauffolgenden Jahr entdeckte Navalnys Team jedoch, dass digitale Methoden nicht nur für die Recherche, sondern auch für die Präsentation von Ergebnissen in der Öffentlichkeit geeignet waren.

Im März 2017 veröffentlichte Navalnys Stiftung zur Bekämpfung der Korruption einen Dokumentarfilm über Dmitri Medwedew „*On vam ne Dimon*“ (Nenn ihn nicht Dimon). Der 49-minutenlange Film klagte Medwedew der Korruption an, der interessanteste Aspekt war jedoch die extensive Nutzung von Drohnen-Material, das die Luxusanwesen Medwedews zeigte, inklusive eines Weinbergs und eines Schlosses in der Toskana (Italien), Palästen in der Region Moskau und an der Wolga und auch der beiden Jachten, die angeblich Medwedew gehörten.

Das Video wurde am ersten Tag 1,5 Millionen Mal angeschaut. Innerhalb von zwei Wochen wurde das Video über 13 Millionen Mal und bis Oktober 2021 44 Millionen Mal gesehen.¹²

Der Erfolg von Navalnys Dokumentation regte die Recherche-teams dazu an, neue Formate und Methoden zu übernehmen. Viele unter ihnen richteten YouTube-Kanäle ein und nutzten Drohnen-Aufnahmen im Rahmen ihrer Nachforschungen.

Die Rechercheprojekte begannen, neue Medienplattformen offensiv zu nutzen, um ihre Ergebnisse bekannt zu machen: bis zum Jahr 2021 hatten die meisten Projekte zusätzlich zu ihrer Website einen YouTube-Kanal, eine Seite auf Facebook, einen Kanal auf Telegram und Konten auf Twitter und Instagram.

Das altbekannte Problem, dass eine Geschichte nicht aufgegriffen wird, wenn sie von der Konkurrenz veröffentlicht wurde, scheint ebenfalls gelöst und durch ein neues Gefühl der Zusammenarbeit ersetzt worden zu sein. Wenn *IStories*, *Proekt* oder Navalnys Stiftung eine wichtige Story bringen, greift *Meduza* sie auf und hilft so, die Botschaft zu verbreiten.

Die internationale Zusammenarbeit florierte: Das OCCRP kooperierte weiterhin mit *IStories* und der *Novaya Gazeta*. Eine neue Kooperation entstand durch die strategische Zusammenarbeit zwischen der *Bellingcat group* und *The Insider*, die russische Geheimdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter enttarnten, einschließlich derer, die an dem versuchten Giftanschlag auf die Skripals im Vereinigten Königreich im Jahr 2018 und an der Vergiftung Navalnys im Jahr 2020 beteiligt waren.

¹⁰ Luke Harding, „Sergei Roldugin, the Cellist who Holds the Key to Tracing Putin’s Hidden Fortune“, *Guardian*, 3. April 2016, <https://www.theguardian.com/news/2016/apr/03/sergei-roldugin-the-cellist-who-holds-the-key-to-tracing-putins-hidden-fortune>

¹¹ Luke Harding, „Kremlin Dismisses Revelations in Panama Papers as ‘Putinphobia’“, *Guardian*, 4. April 2016, <https://www.theguardian.com/news/2016/apr/04/kremlin-reaction-putin-dmitry-peskov-panama-papers-putinphobia>

¹² Navalnys Film über Medwedew auf YouTube, https://www.youtube.com/watch?v=qrwk7_GF9g

5. Der Kreml schlägt zurück – Teil I

Der Kreml war sich des Problems vollkommen bewusst und ging gegen den Enthüllungsjournalismus vor. Die russischen Behörden lancierten eine strategische Offensive, indem sie bei den unter Medwedew geschaffenen neuen Möglichkeiten ansetzten, nämlich: bei der Klassifizierung der Daten, die die Regierungsorgane vor zehn Jahren auf Drängen von Medwedews Verwaltung veröffentlichen mussten.

Im Jahr 2017 wurden die auf zakupki.gov.ru einsehbaren Verträge des Verteidigungsministeriums, des FSB sowie des russischen Auslandsgeheimdienstes SVR als geheim eingestuft.¹³

2020 kamen die russische Nationalgarde, die Rosgwardiya, der FSO (Föderaler Dienst für die Bewachung der Russischen Föderation) und Roskosmos (Weltraumorganisation der russischen Föderation) zu der Liste der Einrichtungen, deren Verträge der Geheimhaltung unterliegen, hinzu.¹⁴

Die Behörden gaben eine ganze Reihe an Begründungen ab, warum ihre Verträge nun der Geheimhaltung unterliegen sollten: von einer terroristischen Bedrohung (FSO) bis hin zu der Notwendigkeit, „undichte Stellen zu vermeiden sowie Sanktionen des Westens entgegenzuwirken“ (*Roskosmos*). Im Jahr 2019 prüften Journalistinnen und Journalisten von der *Fontanka* die Verträge des FSO und fanden heraus, dass es sich bei dem Großteil um den Erwerb von Haushaltsgegenständen handelte: von Toilettenbürsten bis hin zu Pelzmützen.¹⁵

Erwähnenswert ist zudem, dass die Regierung bereits seit 2012 die Möglichkeit hatte, einige Verträge zu klassifizieren, laut einem Regierungserlass wurde diese Entscheidung an das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung delegiert.¹⁶ Seit 2017 jedoch haben die Behörden die Möglichkeit, alles, was sie beschaffen, vom Kraftstoff über die Pelzmütze, unter Geheimhaltung zu stellen.

Die Staatsduma verabschiedete im gleichen Jahr, nämlich 2017, ein Gesetz, das personenbezogenen Daten (einschließlich Grundbesitz) von hochrangigen Amtspersonen sowie deren Familienmitgliedern unter Geheimhaltung stellt. Laut *Transparency International* bedeutet dies in der Praxis, dass die diese Personen betreffenden Informationen aus den öffentlich zugänglichen Registern entfernt wurden: von der Datenbank der Verkehrspolizei bis hin zu den Eigentumsregistern.¹⁷

Ab 2017 stellte die russische investigative Journalistenschaft fest, dass Informationen bezüglich des Eigentums von hochrangigen Beamtinnen und Beamten, einschließlich ihrer Luxusvillen, zu verschwinden begannen. In den Datenbanken und Registern wurden ihre Namen durch „die Russische Föderation“ ersetzt.¹⁸

Die Regierung in Moskau ging auch gegen Drohnen vor: Seit Juni 2020 gilt es als illegal, Drohnen in der Hauptstadt einzusetzen.¹⁹ Nichtsdestotrotz ist es immer noch möglich, Drohnen zu kaufen und auf dem Land fliegen zu lassen.

Gleichermaßen ging der Kreml mit Klagen gegen Filme vor, die auf YouTube, der beliebtesten Plattform für die Veröffentlichung von Rechercheergebnissen, hochgeladen wurden. Im Jahr 2017 führte Alisher Usmanov, ein russischer Oligarch, der in Navalnys Dokumentarfilm über Dmitri Medwedew erwähnt wird, eine erfolgreiche Klage gegen Navalny.

In einem Gerichtsurteil wurde die Organisation Navalnys dazu aufgefordert, Navalnys Film zu entfernen. Die Stiftung zur Bekämpfung der Korruption lehnte dies jedoch ab und somit ist der Film immer noch auf YouTube abrufbar.²⁰ Im Jahr 2019 wurde ein Strafverfahren gegen Ivan Zhdanov, den Direktor der Stiftung zur Bekämpfung der Korruption, eröffnet, da er es versäumt hatte, den Film über Medwedew zu entfernen. Zhdanov verließ daraufhin das Land.²¹

13 <http://government.ru/docs/all/114187/>

14 <https://www.rbc.ru/economics/01/06/2020/5ed4cd909a79472f7bfae1ce>,
<https://www.rline.tv/news/2020-06-02-pravitelstvo-prodolzhaet-zasekrechivat-ot-obshchestva-goszakupki-vedomstv-v-kotorykh-byli-korrupsio/>

15 <https://www.fontanka.ru/2019/01/20/013/>

16 <https://www.bicotender.ru/news/goszaqqqi-snova-budut-zasegrecheny.html>

17 <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2017/06/16/694626-zasekrechivat-imuschestve-chinovnikov>

18 <https://openmedia.io/news/n3/rosreestr-spryatal-nedvizhimost-rukovodstva-minoborony-i-fsb-a-takzhe-doma-igorya-sechina-i-mixaila-mishustina/>

19 <https://www.mos.ru/otvet-transport/gde-v-moskve-mozhno-zapuskat-kvadrokoptery-i-drony/>

20 <https://www.dw.com/ru/фильм-он-вам-не-димон-не-удален-из-youtube-кого-за-это-хотя-наказать-dw-новости-28082019/av-50203937>

21 <https://www.dw.com/ru/direktor-fbr-zhdanov-objavljen-v-rossii-v-federalnyj-rozysk/a-57854689>

6. Der Kreml schlägt zurück – Teil II

Die russischen Behörden griffen bald zu direkten Mitteln der Repression, die sich gegen investigative Medien sowie Journalistinnen und Journalisten persönlich richteten. Bereits im Jahr 2017 hatte der Kreml hierfür einige Vorbereitungen getroffen.

Rechtliche Grundlagen für die Angriffe

Im Dezember 2017 veröffentlichte das Justizministerium die „Liste über ausländische Massenmedien, die die Funktion eines ausländischen Agenten ausüben“. Die Gesetzgebung erlaubte es dem Justizministerium, jedes Medienunternehmen als „ausländischen Agenten“ einzustufen. Das Gesetz trat im November desselben Jahres in Kraft und das Justizministerium gab prompt eine Liste ausländischer Massenmedien heraus, die angeblich als „ausländische Agenten“ tätig sind.²²

Die Liste begann mit der *Voice of America* und bald schon fügte das Justizministerium acht Projekte des US-Senders *Radio Free Europe/Radio Liberty* hinzu, darunter *The Current Time*. Letzterer hatte in Russland wegen seiner Nachforschungen zur Korruption der Regierung sowie der Verwicklung der russischen Armee in den Krieg in der Ukraine große Aufmerksamkeit erregt. *Radio Free Europe* wurde im Februar 2020 in die Liste aufgenommen. Dieser Schritt war vorhersehbar, da die russischen Behörden die Aktivitäten dieser Nachrichtensender schon seit langem verabscheuen und sie als Agenten der US-Regierung betrachten.

Im August 2020 veränderte sich die Medienlandschaft mit der Verhaftung und Anklage wegen Hochverrats gegen Ivan Safronov, eines ehemaligen Reporters des *Kommersant*, drastisch. (Safronov schrieb über sensible Themen, wie die russische Armee und den russischen militärisch-industriellen Komplex sowie russische Waffenverkäufe.) Der weitaus größere Angriff jedoch kam erst noch, und zwar im Frühjahr des Jahres 2021.

Zeitliche Abfolge des Angriffs

Am 6. März 2021 wurde Roman Dobrokhotov, ein Redakteur der investigativen Website *The Insider*, auf dem Rückweg von Österreich an der Grenze am Flughafen *Scheremetjewo* in Moskau aufgehalten. Seine Telefone wurden beschlagnahmt, während er zu damit nicht in Verbindung stehenden Themen wie dem Lockdown in Österreich befragt und schließlich ohne Erklärung freigelassen wurde. Dobrokhotov glaubte, dass sich der FSB Zugang zu den Informationen auf seinen Telefonen beschaffen wollte.

The Insider arbeitete mit *Bellingcat* zusammen, einer Website für investigativen Journalismus, die sich auf die Überprüfung

von Fakten und Open-Source-Informationen spezialisiert hat, unter anderem über den Versuch des FSB, den Kremlkritiker Alexei Navalny zu vergiften, was die Behörden zuhächst verärgerte.²³

Im Juli 2021 wurde *The Insider* vom Justizministerium zur Liste der „ausländischen Agenten“ hinzugefügt.²⁴

Einige Tage später führte die Polizei am frühen Morgen des 28. Juli eine Razzia in Dobrokhotovs Wohnung durch und beschlagnahmte seinen Reisepass sowie sein Handy, seinen Laptop und seine Tablets. Nach der Durchsuchung wurde Dobrokhotov zur Vernehmung mitgenommen.²⁵

Die Polizei sagte, dass die Razzien Teil einer Ermittlung wären, die auf Verlangen des niederländischen Journalisten Max van der Werff, der *The Insider* der Verleumdung bezichtigte, eingeleitet worden seien. Er verklagte Dobrokhotov und beschuldigte den russischen Journalisten, fälschlicherweise behauptet zu haben, er (van der Werff) habe Beziehungen zum GRU, Russlands Militärnachrichtendienst. Van der Werff ist für Artikel bekannt, die die Schlussfolgerung internationaler Ermittlungen zurückweisen, die besagen, dass der Flug MH17 der Malaysia Airlines 2014 von einer Buk-Boden-Luft-Rakete aus russischer Produktion abgeschossen wurde, die von einem von Moskau unterstützten Separatistengebiet in der Ostukraine abgefeuert wurde.²⁶

Dobrokhotovs Pässe wurden eingezogen, damit er das Land nicht verlassen konnte. Nichtsdestotrotz fand Dobrokhotov einen Weg, um Russland zu verlassen. Daraufhin teilte der Föderale Sicherheitsdienst am 30. September 2021 mit, dass ein Haftbefehl gegen Dobrokhotov erlassen worden sei, da er im August „unter Umgehung der eingerichteten Kontrollpunkte“ illegal die Grenze zur Ukraine überschritten habe. Der FSB fügte hinzu, dass Dobrokhotov ein strafrechtliches Verfahren sowie bis zu zwei Jahren Gefängnis drohen würden. Ein paar Stunden zuvor hatte der FSB Dobrokhotovs Moskauer Wohnung sowie die seiner Eltern, die nebenan wohnen, durchsucht. Man beschlagnahmte die Computer sowie Telefone seiner Eltern und nahm sie sowie seine Frau zur Befragung bezüglich des illegalen Grenzübertritts mit.²⁷

Das nächste Opfer der Offensive des Sicherheitsdienstes war Roman Anin, Chefredakteur und Gründer des investigativen Onlinemediums *IStories*. Am 9. April 2021 durchsuchten FSB-Funktionäre die Wohnung der Anins in Moskau und beschlagnahmten seine Handys, Laptops und USB-Sticks. Die Durchsuchung endete um Mitternacht und Anin wurde daraufhin in die Zentrale der Untersuchungskommission gebracht.

23 <https://zona.media/news/2021/03/06/roman>

24 <https://www.rferl.org/a/russia-insider-editor-searches/31485849.html>

25 <https://meduza.io/en/feature/2021/07/28/the-police-are-knocking>

26 <https://www.rferl.org/a/russia-insider-editor-searches/31485849.html>

27 <https://www.rferl.org/a/russia-insider-editor-searches/31485849.html>

22 <https://minjust.gov.ru/ru/documents/7755/>

Auch das Redaktionsbüro von *IStories* wurde am selben Abend durchsucht. Die Durchsuchungen erfolgten auf Grundlage eines Strafverfahrens wegen angeblicher Verletzung der Privatsphäre (Verbreitung von Informationen über das Privatleben einer Person), was mit einer Gefängnisstrafe von bis zu vier Jahren geahndet werden kann.²⁸

Das Verfahren stand im Zusammenhang mit einer Anzeige von Olga Sechina, der Ex-Frau von Igor Sechin, Chef des durch den russischen Staat kontrollierten Energiekonzerns Rosneft. Sie behauptete, dass Anins Berichterstattung ihre Privatsphäre verletzt hätte. 2016 hatte Anin seine Rechercheergebnisse über eine mit Olga Sechina in Verbindung stehende Yacht im Wert mehrerer Millionen in der *Novaya Gazeta* veröffentlicht.²⁹ Igor Sechin gewann unabhängig davon einen separaten Prozess gegen die *Novaya Gazeta* und dennoch wurde derselbe Fall als Vorwand für die Einleitung eines Strafverfahrens verwendet. *IStories* glaubte, dass „die Geschehnisse ein Beispiel für den direkt auf den unabhängigen Journalismus ausgeübten Druck waren, ein Versuch, einen der bekanntesten Enthüllungsjournalisten Russlands einzuschüchtern und ein Versuch, die Aktivitäten seines Mediums zu unterbinden“.³⁰

Fünf Monate später, wurde *IStories* am 20. August zum „ausländischen Agenten“ erklärt. Anin und fünf weitere Redakteurinnen und Redakteure sowie Journalistinnen und Journalisten (Roman Shleynov, Olesya Shmagun, Alesya Markhovskaya, Irina Dolinina, and Dmitry Velikovskiy)³¹ seines Teams wurden auf die „Liste der ausländischen Agenten“ gesetzt. Infolgedessen verließen Roman Anin sowie einige seiner Teammitglieder das Land.

Die Journalistinnen und Journalisten eines anderen unabhängigen Mediums, *Proekt* (Проект, Das Projekt), wurden ebenfalls zum Ziel der gleichen Angriffswelle. *Proekt* wurde 2018 gegründet und veröffentlichte eine Serie von gut recherchierten sowie peinlichen Enthüllungen über die herrschende Elite Russlands.

Am Morgen des 29. Juni 2021 führte die Moskauer Polizei eine Razzia in den Wohnungen von drei Journalistinnen und Journalisten der investigativen Website, *Proekt*, durch: in der des Chefredakteurs Roman Badanin, seines ersten Stellvertreters Mikhail Rubin und der Korrespondentin Maria Zholobova. Die Polizei beschlagnahmte ihre Laptops, Handys und Festplatten sowie SIM-Karten und nahm die drei zur Befragung mit. Sie wurden zu Zeugen in einem Verleumdungsprozess erklärt, der vor einigen Jahren auf Antrag des Geschäftsmannes Ilja Traber eingeleitet worden war – eines mutmaßlichen Gangsters aus St. Petersburg, der auch ein langjähriger Bekannter von Wladimir Putin war.³²

Roman Badanin sagte, dass die wahren Gründe für die Raz-

zien, eine Recherche über das angebliche Familienvermögen des russischen Innenministers Vladimir Kolokoltsev gewesen sei.³³ Zwei Wochen später wurde *Proekt* auf die Liste der „unerwünschten“ Organisationen gesetzt und mehrere Journalistinnen und Journalisten von *Proekt* zu „ausländischen Agenten“ erklärt. Badanin sowie die *Proekt*-Journalistinnen Olga Churakova, Yulia Lukyanova und Maria Zheleznova wurden ebenfalls auf die Liste der „ausländischen Agenten“ gesetzt.³⁴

Der Status als „unerwünschte Organisation“ ist noch schlechter als der des „ausländischen Agenten“: Im Endeffekt bedeutet dies den sofortigen Tod dieser Medien. Gemäß der russischen Gesetzgebung muss eine „unerwünschte Organisation“ sämtliche Aktivitäten in Russland einstellen. Die russische Gesetzgebung besagt, dass russische Bürgerinnen und Bürger, die an den Aktivitäten einer „unerwünschten Organisation“ beteiligt sind, mit einer Geldstrafe von bis zu 500.000 Rubel (5.710 €) belegt werden oder zu einer ein- bis vierjährigen Haftstrafe verurteilt werden können.³⁵

Andere Organisationen und Einzelpersonen, die versuchen, eine „fortgesetzte Zusammenarbeit“ mit diesen Organisationen einzugehen, können verwaltungs- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.³⁶

Diese beispiellose Druckausübung zwang Roman Badanin dazu, Russland zu verlassen und in die USA zu gehen sowie *Proekt* zu schließen, um seine Journalistinnen und Journalisten vor strafrechtlichen Ermittlungen zu schützen.

Im September 2021 gründete Badanin ein neues investigatives Medienunternehmen, *Agentstvo* (*Die Agentur*), mit dem Ziel, weiterhin Korruption in Russland zu untersuchen. Das Team entschied jedoch, einige Nachforschungen anonym zu veröffentlichen, um das Risiko für die weiterhin in Russland lebenden Journalistinnen und Journalisten zu mindern.³⁷

Im April 2021 nahm der Kreml die beliebteste unabhängige russische Internetzeitung *Meduza*, mit Hauptsitz in Riga in Lettland, ins Visier. *Meduza* wurde auf die Liste der „ausländischen Agenten“ gesetzt.

Der einzige Grund dafür, dass *Meduza* seinen Hauptsitz in Lettland hatte, war, mehr Sicherheit für die Zeitung sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen. Dies führte dazu, dass *Meduza* viele Werbekunden verlor und sein Personal reduzieren musste. Trotz allem kann das Team immer noch die beste unabhängige Nachrichtenberichterstattung in Russland liefern. *Meduza* führt darüber hinaus weiterhin Untersuchungen und Recherchen durch.

Im August 2021 wurde der Online-Fernsehsender *Dozhd* (Regen) zum „ausländischen Agenten“ erklärt. Der Chefredakteur von *Dozhd*, Tikhon Dzyadko, postet in den sozialen

28 <https://istories.media/en/reportages/2021/04/15/what-we-know-about-the-criminal-case-that-has-led-to-roman-anin-being-questioned/>

29 https://novayagazeta.ru/articles/2016/07/31/69418-sekret-printsessy-olgi?source=post_page-----

30 <https://istories.media/en/reportages/2021/04/15/what-we-know-about-the-criminal-case-that-has-led-to-roman-anin-being-questioned/>

31 <https://www.icij.org/inside-icij/2021/08/russia-brands-istories-a-foreign-agent-in-independent-media-crackdown/>

32 <https://meduza.io/en/feature/2021/06/29/i-ll-survive-some-community-service>

33 <https://www.proekt.media/guide/vladimir-kolokoltsev/>

34 <https://www.themoscowtimes.com/2021/07/15/russia-bans-independent-investigative-outlet-proekt-with-undesirable-label-a74533>

35 <https://rsf.org/en/news/proekt-first-russian-media-outlet-be-declared-undesirable>

36 <https://www.hrw.org/news/2021/06/17/new-undesirables-law-expands-activists-danger-zone>

37 <https://www.agents.media>

Medien: „Dozhd ist kein ausländischer Agent. Dozhd ist auch kein Agent anderer Art. Der Fernsehsender Dozhd ist ein russisches Medienunternehmen.“ Er fügte hinzu, dass die Finanzierungsquellen des Senders „wohl bekannt“ seien, da die Finanzberichte auf der Website des Senders verfügbar seien.³⁸

Dozhd bietet den Kritikerinnen und Kritikern des Kremls seit langer Zeit die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern. Zudem stellte Dozhd Recherchen an und das ausgestrahlte Programm des Senders hat den Kreml schon viele Male verärgert. Dozhd ging online, nachdem die Kabelnetzbetreiber vom Kreml aufgefordert worden waren, ihre Verträge mit dem Sender im Jahr 2014 aufzukündigen.³⁹

Der Kreml griff auch Mainstream-Wirtschaftsmedien an, die journalistische Recherchen durchführten. Die zweitbeliebteste Zeitung des Landes, *Vedomosti*, wechselte im Jahr 2020 den Besitzer und die Redakteurinnen und Redakteure, was zu einem Exodus von Journalistinnen und Journalisten führte. Diese gründeten daraufhin ein neues Medienunternehmen namens *VTimes*. Im Mai wurde *VTimes* auf die Liste der „ausländischen Agenten“ gesetzt. *VTimes* wurde drei Wochen nach der Aufnahme in diese Liste geschlossen. Die Redaktion schrieb in einem Brief an die Leserschaft: „Für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besteht stets das Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung und einer möglichen Verhaftung. Der Grund für unsere Entscheidung war jedoch nicht einfach nur oder besonders die Angst vor Strafverfolgung für uns, die wir ehrlich unsere beruflichen Pflichten erfüllen...Wir haben an unserem eigenen Beispiel gesehen: die Regierung braucht keine professionellen oder unkontrollierten Medien.“⁴⁰ (Im Oktober 2021 gründeten die ehemaligen Journalistinnen und Journalisten der *VTimes* einen neuen Pressekanal, *VPost*, der zum Erstellungszeitpunkt dieses Berichts lediglich in den sozialen Medien verfügbar war.⁴¹)

Im August, vor den Parlamentswahlen, sperrte die russische Zensurbehörde, *Roskomnadsor*, *OpenMedia* und *MBKh*, zwei Online-Medien, die von dem im Exil lebenden russischen Tycoon Mikhail Khodorkovsky finanziell unterstützt werden. Die Medienkanäle behaupteten, sie hätten keine Benachrichtigung von den Behörden erhalten und es sei ihnen nie erklärt worden, aus welchem Grund sie gesperrt wurden, es war jedoch eindeutig, dass der wahre Grund ihre Verbindung zu Khodorkovsky war. Zwei Medienkanäle gaben bekannt, dass sie ihren Betrieb eingestellt hätten, **da** „die Risiken für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts zu hoch sind“.⁴²

Im Herbst geriet *Mediazona*, ein von Mitgliedern der russischen Punkrock-Band *Pussy Riot* gegründetes Medienunternehmen, ins Fadenkreuz des Kremls. *Mediazona* war nach und nach zur wichtigsten Quelle für Informationen über das Foltersystem in den Gefängnissen geworden. Im September wurde *Mediazona* auf die Liste der „ausländischen Agenten“ gesetzt, ebenso wie der Herausgeber Petr Verzilov und der Chefredakteur Sergey Smirnov. Verzilov und Smirnov sagten, dass es schwierig sei, mit dieser Bezeichnung weiterhin zu arbeiten: Die Quellen und Nachrichtenschaffenden seien nicht bereit, Informationen und Kommentare zu liefern, da sie durch das Etikett „ausländischer Agent“ abgeschreckt seien.⁴³

38 <https://www.reuters.com/business/media-telecom/russia-declares-media-outlet-tv-rain-foreign-agent-2021-08-20/>

39 <https://www.interpretermag.com/people-themselves-asked-to-shut-down-tv-rain/>

40 <https://www.theguardian.com/world/2021/jun/03/russian-news-site-close-foreign-agent-vtimes>

41 <https://lenta.ru/news/2021/10/11/vpost/>

42 <https://www.rferl.org/a/open-media-russia-websites-news-mbkh-foreign-agents-khodorkovsky/31394446.html>

43 <https://zona.media/agent>

7. Das Leben als „ausländische Agenten“: Konsequenzen für die Medien und Journalistinnen und Journalisten

Das Gesetz über „ausländische Agenten“-Medien verpflichtet Medien und einzelne Journalistinnen und Journalisten, detaillierte Finanzberichte vorzulegen und ihren Inhalt mit einem Warnhinweis in Großbuchstaben zu versehen: „DIESE NACHRICHT (DIESES MATERIAL) WURDE VON EINEM AUSLÄNDISCHEN MEDIENUNTERNEHMEN, DAS DIE FUNKTION EINES AUSLÄNDISCHEN AGENTEN AUSÜBT, UND (ODER) EINER RUSSISCHEN RECHTSPERSON, DIE DIE FUNKTION EINES AUSLÄNDISCHEN AGENTEN AUSÜBT, ERSTELLT UND (ODER) VERBREITET.“ Der Text muss überall gepostet werden – in Artikeln, Videos, Instagram-Stories, selbst dann, wenn der Inhalt nichts mit Politik zu tun hat.⁴⁴

Das Zitieren von Berichten, die von einem „ausländischen Agenten“ veröffentlicht wurden, ohne diesen Umstand besonders zu kennzeichnen, wird mit Geldstrafen von 40.000 bis 50.000 Rubel (ca. 478 bis 599 €) für Rechtspersonen geahndet.⁴⁵

Das Fehlen dieser Kennzeichnung oder eine „falsche“ Platzierung derselben resultiert in einer solchen Strafe. So hat ein

⁴⁴ <https://www.theguardian.com/world/2021/sep/11/putins-crackdown-how-russias-journalists-became-foreign-agents>
⁴⁵ <https://rg.ru/2021/05/04/za-citirovanie-inoagentov-bez-markirovki-vvoditsia-shtrafy.html>

Moskauer Gericht den Radiosender *Ekho Moskvy* und seinen Online-Chefredakteur Vitaly Ruvinsky zu insgesamt 24 Geldstrafen verurteilt, da sie die Erwähnung von Organisationen, die als „ausländische Agenten“ bezeichnet werden, im Oktober 2021 nicht ordnungsgemäß gekennzeichnet hatten.⁴⁶

Neben dieser widerlichen Warnung, welche die Medien ihren Stories beifügen müssen, entstehen gleichermaßen Probleme mit den Werbetreibenden. Viele ziehen es vor, keine Geschäfte mit „ausländischen Agenten“ zu machen und zogen ihre Anzeigen zurück.⁴⁷ Unterdessen müssen als „ausländische Agenten“ gelistete Journalistinnen und Journalisten ein spezielles Unternehmen registrieren lassen und dem Justizministerium Bericht erstatten. Anschließend muss dann auch dieses neue Unternehmen als „ausländischer Agent“ gekennzeichnet werden. Die Journalistinnen und Journalisten müssen den Behörden Auskunft über die Herkunft jedes einzelnen Rubels in ihrem Budget geben und regelmäßig einen detaillierten Finanzbericht beim Justizministerium einreichen, der auch ihre persönlichen Ausgaben beinhaltet.⁴⁸

⁴⁶ <https://meduza.io/en/news/2021/10/19/ekho-moskvy-handed-24-fines-over-missing-foreign-agent-labels>

⁴⁷ <https://meduza.io/feature/2021/04/30/pochemu-meduzu-priznali-inostrannym-agentom-i-kto-za-etim-stoit-nam-poka-izvestny-dve-versii>

⁴⁸ https://www.voanews.com/a/press-freedom_russia-using-foreign-agent-law-attack-journalism-media-say/6206858.html

8. Berufliche Konsequenzen und potenzielle Abhilfen

Der 2020 und 2021 von staatlichen Stellen gestartete Großangriff auf den Enthüllungsjournalismus hatte bereits großen Einfluss auf die Medien sowie einzelne Journalistinnen und Journalisten in Russland. Die Kampagne des Kremls übte auf verschiedene Art und Weise Druck auf die Medien sowie die Reporterinnen und Reporter aus: finanzieller, psychologischer sowie bürokratischer Natur, nicht zu vergessen die Angst, ins Gefängnis zu kommen, weil man einfach nur seinem Beruf nachgeht.

Die strafrechtliche Verfolgung der Medien, einschließlich der Verhöre von Journalistinnen und Journalisten sowie ihrer Verwandten, einer Reihe von Razzien und Durchsuchungen ihrer Wohnungen und Häuser, der Beschlagnahmung ihrer Laptops und Telefone, macht ihre Arbeit in Russland zuhört höchst riskant und sehr kompliziert. Nachdem ihre Namen auf die Liste der „ausländischen Agenten“ gesetzt wurden, ist es ihnen kaum mehr möglich, ihrer Arbeit nachzugehen.

Die breit angelegte und skrupellose Anwendung des „Ausländische-Agenten-Gesetzes“ gegen die Medien bringt die investigativen Medien und die Journalistenschaft in eine Lage, in der sie kaum noch im Land arbeiten können. Die als „ausländische Agenten“ bezeichneten Medien müssen ihren Berichten und ihren Beiträgen in den sozialen Medien eine widerliche Warnung beifügen, was unweigerlich ihre Leserschaft und Werbekunden abschreckt. Regierungsbeamte reagieren nicht auf Anfragen der Journalistinnen und Journalisten und selbst gewöhnliche Leute überlegen es sich zweimal, ob sie mit einem „ausländischen Agenten“ sprechen. Die Journalisten-Community war erschüttert, als ein Student aus dem ersten Semester der Fakultät für Journalismus an der Universität Moskau es am 1. September ablehnte, mit der Korrespondentin Alina Didkovskaya von *Dozhd* (TV Regen) zu sprechen, da *Dozhd* als „ausländischer Agent“ eingestuft wurde.⁴⁹

⁴⁹ <https://twitter.com/aldidkovskaya/status/1433152301129256970>

Die als „ausländische Agenten“ bezeichneten Journalistinnen und Journalisten müssen den Behörden Auskunft über die Herkunft jedes einzelnen Rubels in ihrem Budget geben und regelmäßig einen detaillierten Finanzbericht, der auch ihre persönlichen Ausgaben beinhaltet, beim Justizministerium einreichen. Für Verstöße gegen dieses Gesetz kann ein Journalist oder eine Journalistin zu einer Geldstrafe oder zu bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Dies führte dazu, dass die Redakteurinnen und Redakteure der drei angesehensten investigativen Medienkanäle (*IStories*, *Proekt* und *The Insider*) gezwungen waren, Russland zu verlassen. *Meduza*, die beliebteste unabhängige Internetzeitung in Russland, musste ihr Personal und Ausgaben reduzieren, ihre Redaktionsräume in Riga aufgeben und in die Wohnung des Herausgebers umziehen.

Radio Free Europe/ Radio Liberty bringt seine Journalistinnen und Journalisten aus dem Land – einige nach Prag und andere nach Kiew. Hohe Geldstrafen für einen Verstoß gegen das „Ausländische-Agenten-Gesetz“ drohen, den normalen Redaktionsbetrieb in Moskau unmöglich zu machen. Einige Medien, wie z.B. *VTimes*, mussten ihre Tätigkeiten vorerst für einige Zeit aufgeben. *Proekt* musste seinen Verlag (*Project Media, Inc.*) auflösen und beendete sämtliche Aktivitäten,

nachdem es auf die Liste der „unerwünschten Organisationen“ gesetzt worden war.

Das neue von Roman Badanin ins Leben gerufene Medium *Agentstvo* veröffentlichte anonyme Rechercheergebnisse, um die Risiken für seine Journalistinnen und Journalisten, die nach wie vor in Russland arbeiten, zu minimieren. Dies ist ein neuer Trend. Normalerweise sind es der Name des Journalisten oder der Journalistin sowie sein/ihr Ruf, die eine Geschichte vertrauenswürdig machen, jedoch ist es sehr wahrscheinlich, dass andere Medien gezwungen sein werden, diese Praxis unter den neuen Umständen zu übernehmen.

Trotz dieser beispiellosen Druckausübung sind all diese Medien dazu entschlossen, ihre Nachforschungen weiterzuführen. Sie sind dazu bereit, in neuen Modi zu arbeiten, die voraussetzen, dass wenigstens ein Teil der Redaktionen außerhalb von Russland angesiedelt ist, und neue sichere Kommunikationswege mit ihren Korrespondentinnen und Korrespondenten sowie vertrauenswürdigen Quellen im Land zu entwickeln. Russische Projekte im Bereich des investigativen Journalismus zeigen eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit, was zum Teil daran liegt, dass sie sich digitaler Methoden bedienen, die sogar für im Ausland ansässige Journalistinnen und Journalisten zugänglich sind.

9. Was ist zu tun? Empfehlungen

In diesem feindlich eingestellten Umfeld, das Chefredakteurinnen und -redakteure der bekanntesten investigativen Medien bereits dazu gezwungen hat, Russland zu verlassen und wo viele andere bereit sind, diesem Beispiel zu folgen, entstehen neue Herausforderungen. Die professionellen Redakteurinnen und Redakteure sowie Journalistinnen und Journalisten befinden sich auf komplett neuem Terrain: Sie müssen ihre Aktivitäten neu aufnehmen und diese auf neue Art und Weise in einem fremden Land organisieren. Sie müssen einen Teil des Personals aus Sicherheitsgründen versetzen und Reporterinnen und Reporter in Russland wieder neu einstellen, ihnen aber auch neue Wege der Zusammenarbeit anbieten – etwa, dass sie anonym zu den Stories beitragen.

Gleichermaßen müssen sie darüber nachdenken, wie sie ihren Journalistenstamm im Land bezahlen können, wenn doch jede Transaktion aus dem Ausland von den Behörden als Zeichen ihrer mangelnden Loyalität oder gar als Hochverrat angesehen werden könnte. Einige Journalistinnen und Journalisten sind selbst in der Situation, die schwere Entscheidung treffen zu müssen, das Land von heute auf morgen zu verlassen. Heutzutage bedeutet dies, dass man im Ausland leben und arbeiten muss – und zwar zumeist in Europa und ohne gültige Papiere.

Aus diesem Grunde sind die beliebtesten Ziele für Journalistinnen und Journalisten Georgien, die Ukraine und Montenegro, da dort Bürgerinnen und Bürger Russlands kein Einreise- oder Aufenthaltsvisum benötigen. Ihre Nähe zum russischen

Hoheitsgebiet, ihre durchlässigen Grenzen sowie die z.T. unberechenbare politische Lage machen sie jedoch zu einem Sicherheitsrisiko.

Es wird dringend ein neuer Mechanismus zur Unterstützung der Visaerteilung im Schengen-Raum benötigt, wobei die Visa nur von der Europäischen Union erteilt werden dürfen. Internationale Organisationen sollten sich stärker für russische Medien und deren Unterstützung einsetzen. Die Notlage des russischen investigativen Journalismus sollte auf allen Ebenen zur Sprache gebracht werden, auch bei Gesprächen mit der Regierung der Russischen Föderation. Dies bedeutet, dass nicht nur fallweise Unterstützung geleistet werden sollte, sondern dass langfristige Programme zur Unterstützung von Journalistinnen und Journalisten aufgebaut werden müssen.

Wie wir bereits in unserer Publikation „Digitale Überwachung und der Einfluss auf den Journalismus in Russland“⁵⁰ aufgezeigt haben, mussten russische Journalistinnen und Journalisten auf die harte Tour lernen, dass die Solidarität mit einem/einer unter Beschuss stehenden Kollegen/Kollegin effektiv sein kann.

Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft, den russischen Journalistinnen und Journalisten im In- und Ausland mit einer Botschaft der Solidarität und Unterstützung die Hand reicht.

⁵⁰ <https://shop.freiheit.org/#/Publikation/943>

Bibliografie und Abkürzungen

Bibliografie

The Guardian, Putin's crackdown: how Russia's journalists became 'foreign agents'

<https://www.theguardian.com/world/2021/sep/11/putins-crackdown-how-russias-journalists-became-foreign-agents>

Euronews and AP, Russia targets investigative journalists with raids amid independent media crackdown <https://www.euronews.com/2021/06/30/russia-targets-investigative-journalists-with-raids-amid-independent-media-crackdown>

International Press Institute, With new foreign agent labels, Russia steps up attack on independent media <https://ipi.media/with-new-foreign-agent-labels-russia-steps-up-attack-on-independent-media/>

Reporters Without Borders, RSF alarmed by gradual disappearance of independent media in Russia <https://rsf.org/en/news/rsf-alarmed-gradual-disappearance-independent-media-russia>

Atlantic Council, Free to leave? Independent media in Russia <https://www.atlanticcouncil.org/event/free-to-leave-independent-media-in-russia/>

Bücher

Arkady Ostrovsky, *The Invention of Russia: The Journey from Gorbachev's Freedom to Putin's War* 2015

Andrei Soldatov and Irina Borogan, *The Red Web: The Struggle Between Russia's Digital Dictators and the New Online Revolutionaries*, 2015

Andrei Soldatov and Irina Borogan, *The New Nobility: The Restoration of Russia's Security State and the Enduring Legacy of the KGB*, 2010

Soldatov, Borogan, *Journalisti I terrorism [Journalists and terrorism]*, 2008, Center of Extreme Journalism

Anna Politkovskaya, *A Small Corner of Hell: Dispatches from Chechnya*, 2007

Abkürzungen

FSB, der Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation (FSB RF, Russisch: Федеральная служба безопасности Российской Федерации (ФСБ), Transkript: Federal'naya sluzhba bezopasnosti Rossiyskoy Federatsii)

NTV (HTB) ist ein russischer frei empfangbarer Fernsehsender, der als Tochtergesellschaft von Vladimir Gusinskys Unternehmen Media-Most gegründet wurde und seit dem 14. April 2001 von Gazprom Media kontrolliert wird

RBC, The RBC Group oder RosBiznesConsulting (Russisch: Группа компаний «РБК» РБК, РосБизнесКонсалтинг), ist eine große russische Mediengruppe mit Hauptsitz in Moskau. Sie wurde 1993 gegründet. Zum Unternehmen gehört eine Informationsagentur, RosBusinessConsulting, zu der ein Nachrichten-Webportal, die Wirtschaftszeitung RBC Daily, das monatlich erscheinende Wirtschaftsmagazin RBC sowie der Sender RBC TV gehören.

FSO, Föderaler Dienst für Bewachung der Russischen Föderation (Russisch: Федеральная служба охраны, ФСО, Transkript: Federalnaya sluzhba okhrany, FSO)

OCCRP The Organized Crime and Corruption Reporting Project (Deutsch: Projekt zur Erfassung und Veröffentlichung von organisierter Kriminalität und Korruption)

